



Besuch im Bürgermeisterbüro: Zsuzsa Kiss, Anne Kielblock und Ann-Dörthe Holst (v.l.) überreichen Reinhard Mach die Unterschriften. Diskussion inklusive. FOTO: KATT

Unterschriften für den Wald

Widerstand gegen mögliche Abholzung an B 5 / Bürgermeister schlägt vor, einstige Militärf Flächen für Firmenansiedlungen zu kaufen

Von Kathrin Neumann

LUDWIGSLUST Mit einem Stapel weißer Blätter steuern Anne Kielblock, Ann-Dörthe Holst und Zsuzsa Kiss gestern Nachmittag das Büro des Ludwigsuster Bürgermeisters an. Die 960 Unterschriften, die darauf stehen, übergeben sie an Reinhard Mach. Sie richten sich gegen eine mögliche Abholzung von 28 Hektar Wald im Ortsteil Techtentin. Die befürchten die Mitstreiter der Wählergemeinschaft „Aufbruch Ludwigslust“, sollte eine Idee des Bürgermeisters umgesetzt werden. Ein erster Beschluss dazu steht auf der Tagesordnung für die Stadtvertreterversammlung am Mittwoch.

Es geht um das Waldgebiet zwischen der Bundesstraße 5, der Anschlussstelle Grabow der Autobahn 14 und dem Industriegebiet „Stüdekoppel“. „Es war seit den

1930er-Jahren bis 1990 militärisch genutzt worden“, erklärte der Bürgermeister. „Niemand, der nicht dabei war, weiß, was dort gemacht wurde.“ Möglicherweise seien die Flächen mit Altlasten oder Munition belastet. Und daran werde sich nichts ändern, solange die Grundstücke dem Bund gehören. Die Stadt könnte die Flächen – so zumindest die Idee des Bürgermeisters – von der Immobilienanstalt des Bundes (Bima) kaufen, sanieren, erschließen und für Gewerbeansiedlungen verkaufen. Entschieden ist jedoch noch nichts. Auf der Stadtvertreterversammlung geht es erst einmal darum, den Bürgermeister mit den Verkaufsverhandlungen zu beauftragen. „Und wenn das Ergebnis vernünftig ist, kann die Stadtvertretung beraten, wie es weitergehen soll“, so Reinhard Mach.

Dagegen stellt sich der

„Aufbruch Ludwigslust“. „Vor dem Hintergrund des Klimawandels muss Wald erhalten werden“, betonte Ann-Dörthe Holst. „Sie als politischer Entscheidungsträger sind verpflichtet, etwas für den Klimaschutz zu tun.“ Den Initiatoren der Unterschriftensammlung geht es aber auch um die Lebensqualität in der Stadt. „Wir haben schon die A14 und die Müllverbrennungsanlage“, sagte Anne Kielblock. Der Wald sei Kohlendioxid-speicher und Lärmschutz zur B 5 und zur Autobahn. „Wir brauchen keine Entscheidungen, die das schnelle Geld bringen. Wir brauchen Luft zum Atmen, sonst brauchen wir auch kein Gewerbe.“

Auch auf die Ansiedlung von Unternehmen zielt die Idee des Bürgermeisters. „Man kann ja nicht Infrastruktur (die A 14, d. Red.) finanziert bekommen und

dann die Möglichkeit, dadurch Wirtschaftskraft in die Stadt zu holen, nicht nutzen“, betonte der Bürgermeister. Ludwigslust habe aber nur noch einzelne, kleinere Gewerbeflächen zu vergeben.

Das sieht Ann-Dörthe Holst anders: „In den mit viel Geld erschlossenen Gewerbegebieten Großer Kamp und Nord stehen ausreichend Flächen für Firmenansiedlungen zur Verfügung.“ Und Anne Kielblock ergänzte, dass es grundverkehrt sei, den Wald zu roden für ein paar Jobs, die nicht familienfreundlich seien. Durch die Resonanz auf ihre Unterschriftenaktion fühlen sich die drei Frauen, die auch für die neue Stadtvertretung kandidieren, bestärkt. „Wir haben die 960 Unterschriften in einer Woche gesammelt“, erklärte Anne Kielblock. In Bäckereien, im Einkaufszentrum, in Schulen...

Reinhard Mach findet es gut, dass sich viele Menschen für das Thema Klimaschutz interessieren. Und natürlich dürfe man hinsichtlich des Waldes unterschiedlicher Meinungen sein. „Es muss aber auch erlaubt sein, es im Komplex zu betrachten“, so Mach. Und da gehöre die Frage, wie man mit solchen Konversionsflächen umgeht, dazu. „Und ohne Arbeitsplätze nützt auch Lebensqualität nichts“, ergänzt er. „Da stehen wir strategisch zwischen Baum und Borke. Wir brauchen einen Mittelweg.“

Bleibt abzuwarten, wie Debatte und Beschluss in der Stadtvertretung aussehen werden. Die 960 Unterschriften will Reinhard Mach den Abgeordneten auf jeden Fall übergeben. Und die Gegner der möglichen Abholzung werden ihre Meinung auch kundtun – bei einer Demonstration vor der Sitzung.